



## Antrag-Nr. VII-A-07765

Status: öffentlich

Eingereicht von:  
**AfD-Fraktion**

Stammbaum:  
VII-A-07765 AfD-Fraktion

Betreff:  
**Sanktionen gegen Russland beenden – Wohlstand der Leipziger erhalten!**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):  
Gremium

Voraussichtlicher  
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung  
Verwaltungsausschuss  
FA Wirtschaft, Arbeit und Digitales

12.10.2022  
26.10.2022  
18.10.2022

Verweisung in die  
Gremien  
1. Lesung  
1. Lesung

## Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat stellt fest, dass die seit Ende Februar 2022 gegen Russland beschlossenen Sanktionen ihren Zweck verfehlen und sich gegen die eigene Bevölkerung, so auch gegen die Leipziger Bürger, wenden.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Sächsischen Staatsregierung und der Bundesregierung über die kommunalen Spitzenverbände dafür einzusetzen, dass sämtliche Sanktionen gegen die Russische Föderation zum Schutze und zur Erhaltung des Wohlstandes der Leipziger Bürger zurückgenommen werden.

## Sachverhalt

Die durch die Sanktionen gegen die Russische Föderation erheblich gestiegenen Energiepreise führen zu einer starken finanziellen Belastung der Leipziger Bürger, insbesondere der Mieter sowie Gewerbetreibenden. Viele Haushalte sind bereits von „Energiearmut“ bedroht, weswegen es von umso größerer Bedeutung ist, eine sozialverträgliche Energieversorgung der Bürger aufrecht zu erhalten.

Die deutsche Blockade russischer Gasimporte über Nordstream 2 führt zu einer finanziellen Belastung der Leipziger Haushalte und Gewerbetreibenden in einem so vorher nie gekannten Ausmaß. Viele Haushalte sind mittlerweile von „Energiearmut“ bedroht. Es ist auch Aufgabe der städtischen Politik, auf diese Folgen hinzuweisen und eine Beendigung der Sanktionspolitik der Bundesregierung zu fordern, die das eigene Volk sehenden Auges in den Ruin schickt.

Um die Energieversorgung sicherstellen zu können, sind diplomatische Initiativen weitreichenden Sanktionen vorzuziehen. Alle Stellen und Institutionen sollten sich daher auf breiter Front für den Erhalt unserer heimischen Industrie, unseres Handwerks und unser aller Zukunft, mithin gegen sämtliche Sanktionen gegen Russland, aussprechen. Nur so kann auf

die handelnden Verantwortlichen Druck aufgebaut werden. Leipzig würde sich somit auch zahlreichen Initiativen in Kommunen anschließen, die von der Bundesregierung eine Politik im Sinne des deutschen Volkes fordern.

Anlage/n

Keine